



Wowereits Chaostruppe

Eine große
Berliner Tages-
zeitung hat die

Berliner SPD jüngst als „Wowereits Chaostruppe“ bezeichnet. Auch wenn der Regierende Bürgermeister Wowereit zu den wichtigsten Themen schweigt, ist es nicht neu, dass ihm seine eigene Partei immer häufiger die Gefolgschaft verweigert. Bis zum Sommer drohen weitere Niederlagen. Die Verlängerung der Stadtautobahn A 100 spaltet etwa den SPD-Landesverband und die Fraktion in zwei Hälften. So scheint eine Mehrheit der SPD dieses wichtige – vom Senat geplante und vom Bund finanzierte – Infrastrukturprojekt abzulehnen und ist irritiert über die Durchhalteparolen der Verkehrs-senatorin Junge-Reyer.

Auch wenn es um die Zukunft der Gesundheitskonzerne Charité und Vivantes geht, wirkt die SPD regierungsunfähig. Die Senatoren Zöllner (Bildung), Nußbaum (Finanzen) und Lompscher (Gesundheit) streiten sich seit Monaten öffentlich und wollten eigentlich schon bis Ostern einen gemeinsamen Vorschlag erarbeiten. Die CDU Tempelhof-Schöneberg steht zu ihrem einstimmigen Beschluss, sich für den Erhalt des Wenckebach- und des Auguste-Viktoria-Krankenhauses einzusetzen. Beim Börsengang der GSW konnte sich Wowereit im eigenen Parteivorstand nicht durchsetzen, der dieses Vorhaben mehrheitlich ablehnte. Ein weiteres Thema bewegt die Berliner SPD sehr: Sie wollen Wasserbetriebe und Gasag gern wieder in öffentliches Eigentum überführen und der bundeseigenen Bahn AG die desolate S-Bahn abkaufen. Die Wähler sollen der Regierungspartei die gute Absicht danken. Die Frage ist nur, wer dies bezahlen soll. Finanzsenator Nußbaum hat die notwendigen Milliarden bisher nicht gefunden. Eineinhalb Jahre vor der nächsten Wahl hat die Berliner SPD ein für die Politik Wowereits schwer kalkulierbares Eigenleben entwickelt. Opposition zur eigenen Politik, dies haben die Wähler noch nie honoriert. Deshalb gehört die SPD nach der nächsten Wahl auch tatsächlich in die Opposition.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr

Florian Graf, MdB
Kreisvorsitzender

Börsengang der GSW: Die Mieter müssen geschützt werden

Die CDU-Fraktion des Abgeordnetenhauses hat in der Parlamentssondersitzung am 19. April gegen den Börsengang des Wohnungsunternehmens GSW gestimmt. Die Union forderte im Interesse der Berlinerinnen und Berliner folgendes: Die Mieterrechte müssen auch über das Jahr 2014 hinaus gewahrt bleiben. Dabei muss garantiert werden, dass eine schleichende Entmietung, um über höhere Neumieten die geplante Rendite zu generieren, ausgeschlossen ist. Weiterhin sind die Investitionen in den Wohnungsbestand in Berlin, möglichst über Berliner mittelständische Unternehmen, müssen weiterhin gesichert sein. Die mit den Investoren vereinbarten Regelungen

zur Entwicklung des Unternehmens müssen auch künftig gelten.

Der rot-rote Senat hatte den Börsengang der GSW bereits vor einigen Wochen abgesegnet. Dafür haben die bisherigen Eigentümer dem Land Berlin einen Obolus in Höhe von 30 Mio. € angeboten. Der Mieterschutz wurde hingegen nicht langfristig gesichert. Stattdessen ist zu befürchten, dass die geplante höhere Rendite über den Weg einer schleichenden Entmietung und einer Erhöhung der Neumieten erreicht werden soll. Ebenfalls ist eine Veränderung in der bisherigen Geschäftspolitik zu befürchten, um den Renditeerwartungen gerecht zu werden. Dies wird

sich vermutlich entweder in weiteren Einsparungen, wie z. B. durch den Abbau des Personalbestandes und das Zurückfahren von Investitionen in den Gebäudebestand oder in Einnahmeverbesserung wie z. B. Mieterhöhungen zeigen. In jedem Fall werden die Aktienkäufer auf eine schnelle Refinanzierung ihres Kaufpreises für die GSW-Aktien drängen.

Die CDU hält es für unzureichend, dass die Eigentümer ihren Investitionsverpflichtungen seit 2004 nicht in der beabsichtigten Größenordnung nachgekommen sind. Anstatt 200 Mio. € in die Wohnungsbestände zugunsten der Mieterinnen und Mieter zu investieren, wurden

neue Wohnungsbestände gekauft und rund 18.000 Wohnungen still und heimlich verkauft. Der rot-rote Senat hat eine Ausplünderung der GSW seit ihrem Verkauf zugelassen, anstatt auf die Einhaltung Vertragspflichten zu drängen. Hier hat Rot/Rot eindrucksvoll versagt. Auch hat der Senat versäumt, die GSW für die Zukunft zu verpflichten, sich für weitere Instandsetzungsarbeiten in Berliner Wohnungen und die Außenanlagen einzusetzen. Zahlreiche SPD-Abgeordnete, die ihren Widerstand gegen den GSW-Börsengang angekündigt hatten, sind am Ende umgefallen, anstatt die Interessen der Mieterinnen und Mieter zu schützen.

Florian Graf, MdB

**Keine Absenkung des
Verbraucherschutzes**

Seite 3

**Gemeinsam zum
Wirtschaftsstandort
Nr. 1**

Seite 3

**Charité in der
Notaufnahme**

Seite 5

**Kleiner Parteitag zum
Thema Integration**

Seite 2

Bundeshaushalt verabschiedet: Konjunkturimpulse trotz Konsolidierung

Am 19. März ist im Bundestag der Bundeshaushalt für das Jahr 2010 verabschiedet worden. Der erste Haushalt der christlich-liberalen Koalition steht mit einem Gesamtvolumen von 319,5 Milliarden Euro noch immer ganz im Zeichen der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise und dem Versuch, deren Auswirkungen auf Deutschland gering zu halten. Dementsprechend ist er einerseits davon geprägt, die notwendigen Konjunkturimpulse für neues Wachstum zu setzen, andererseits die notwendige Konsolidierung der öffentlichen Finanzen anzugehen.

Die Nettokreditaufnahme im Haushalt steigt auf die in der Geschichte der Bundesrepublik bisher nicht gekannte Höhe von 80,2 Mrd. Euro. Ohne diese Neuverschuldung wären die Konjunkturpakete zur Unterstützung der mittelständischen Wirtschaft, die Zuschüsse an das Gesundheitssystem zur Stabilisierung der Beiträge und die Kosten für das Kurzarbeitergeld, um die Menschen in Arbeit zu halten, nicht finanzierbar gewesen. Dank dieser weitsichtigen Politik steht insbesondere der Arbeitsmarkt in Deutschland besser da, als in anderen EU-Ländern oder in den USA.



Dr. Jan-Marco Luczak, MdB

Bei den Beratungen des Haushaltsentwurfs in den Ausschüssen haben die Koalitionsfraktionen vor allem darauf geachtet, Schwerpunkte für eine zukunftsgerichtete und nachhaltige Politik zu setzen – so sind die Ausgaben für Investitionen konstant gehalten worden, um die Kräfte zur Überwindung der Krise nachhaltig zu stützen:

Wir wollen Deutschland zur Bildungsrepublik machen – deswegen haben wir den Ansatz um etwa 750 Millionen erhöht und setzen nun

mehr insgesamt 10,86 Mrd. Euro für Bildung und Forschung ein. Gestärkt haben wir vor allem die Forschungsbereiche Regenerative Medizin und Biomedizin.

Wir wollen das Zeitalter der erneuerbaren Energien erreichen – deswegen investieren wir in Speichertechnologien und Elektromobilität. Wir stärken den Klimaschutz: der ursprünglich vorgesehene Ansatz für das Programm zum energieeffizienten Bauen und Sanieren (CO²-Gebäudesanierungsprogramm) wur-

de um 400 Millionen Euro auf 1,5 Milliarden Euro aufgestockt. Mit diesem Programm leisten wir nicht nur weitere Impulse zur Überwindung der Wirtschaftskrise für den Mittelstand, sondern auch einen Beitrag zur Erreichung unserer Klimaschutzziele.

Gleichzeitig eint die christlich-liberale Koalition der ausgeprägte Wille zur Konsolidierung: mit über 310 Änderungsanträgen konnte die Nettokreditaufnahme gegenüber dem ursprünglichen Haushaltsentwurf im Ergebnis um 5,9 Mrd. Euro gesenkt werden. Das ist notwendig: der Haushalt 2010 ist Grundlage für den ambitionierten Konsolidierungspfad der nächsten Jahre. Ab 2011 ist die grundgesetzlich verankerte Schuldenbremse einzuhalten. Das bedeutet, dass wir das strukturelle Defizit auf maximal 0,35% des Bruttoinlandsprodukts in 2016 reduzieren müssen – in gleichen Schritten von etwa 10 Mrd. Euro jährlich.

Schwierige und schmerzliche Sparmaßnahmen stehen uns also bevor. Auch hier wird es darauf ankommen, ein ausgewogenes Gleichgewicht von Impulsen und Investitionen bei gleichzeitiger Zurückführung der Schuldenaufnahme zu erreichen.

Dr. Jan-Marco Luczak, MdB

„Gemeinsinn und Leistung“ – Kleiner Parteitag zum Thema Integration

Die CDU Berlin hat auf dem Kleinen Parteitag am 13.04.2010 ihr neues Konzept zum Thema Integration diskutiert. „Wie Berlin zum Vorbild für die erfolgreiche Eingliederung der Zuwanderer in die deutsche Gesellschaft wird“ – so der Untertitel des 44-seitigen Papiers und setzt dabei vor allem auf neue Impulse in der Integrationsdebatte: Die CDU Berlin möchte beide Seiten gewinnen – Einheimische wie Zuwanderer.

„Wir wollen beide davon überzeugen, dass sie im selben Boot sitzen und ein gemeinsames Interesse am Gelingen von Integration haben“, erklärte der Fraktions- und Landesvorsitzende der Berliner CDU, Frank Henkel. „Dazu müssen wir Probleme und Missstände frei von Tabus benennen und auch die Sorgen und Ängste der einheimischen Bevölkerung berücksichtigen“, so Henkel weiter.

Burkard Dregger, stellvertretender Landesvorsitzender der CDU Berlin

und Mitautor führte aus: „Integration kann nicht staatlich angeordnet werden, sie findet zwischen den Menschen statt. Deshalb möchten wir Einheimische und Zuwanderer emotional abholen, ein gemeinsames Leitbild für unsere Stadt entwickeln. Die CDU Berlin will Identifikation mit Deutschland, Berlin und der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stiften.“

Neben einer aktiven staatlich gesteuerten Zuwanderungspolitik mit einem Nachweis der Sprachkenntnisse vor der Zuwanderung, ist laut diesem Konzept entscheidend, die Anstrengungen auf den Teil der bereits hier lebenden Zuwanderer zu konzentrieren, die ein erhebliches Integrationsdefizit aufweisen. Ziel ist die Beseitigung der Integrationshemmnisse wie mangelnde deutsche Sprachkenntnisse, Abbruch von schulischer und beruflicher Ausbildung, Arbeitslosigkeit und Kriminalität.



So soll die verbindliche vorschulische Sprachstandsfeststellung um zwei Jahre vorverlegt, eine sofortige Sprachstandsfeststellung in allen Schulen durchgeführt und die gezielte Sprachförderung um zwei Jahre verlängert werden. Deutsch soll verpflichtend auch in den Pausen gesprochen, das Ganztagsangebot an Schulen ausgebaut und

qualifizierte Lehrer mit Migrationshintergrund eingestellt werden.

Auch will die CDU die zugewanderten Frauen zu Verbündeten der Integration machen, weil mit ihnen die ganze Familie erreicht wird. Dazu sollen z.B. die Muttersprachkurse ausgebaut und die von der Bundesregierung initiierten Eltern-Integ-

rationskurse endlich auch in Berlin umfassend umgesetzt werden.

Ausdrückliches Ziel der CDU als Nachweis einer gelungenen Integration ist der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch die Zuwanderer. Dazu gehören ein öffentlicher Festakt im Rathaus, mit feierlichem Bekenntnis der Eingebürgerten „das Grundgesetz und die Gesetze Deutschlands zu achten und alles zu unterlassen, was ihr schaden könnte“ sowie die Aushändigung der Einbürgerungsurkunde.

20 Jahre Wohnungslosentagesstätte des Unionhilfswerks

Die Obdachlosensituation spitzte sich in der Zeit um 1988 in Berlin zu. Die Bezirksordnetenversammlung Schöneberg beauftragte das Bezirksamt, dafür Sorge zu tragen, im Bezirk eine Einrichtung zu schaffen, die obdachlosen und hilflosen Menschen am Tage eine Bleibe bietet. Ihnen sollte die Möglichkeit gegeben werden, sich zu duschen, eine warme Mahlzeit und Getränke zu erhalten und nebenbei Ansprech-

partner in den Sozialarbeitern zu finden. Im öffentlichen Wohnungsbau erwies sich die Suche nach einem geeigneten Ladengeschäft als schwierig, so dass sich der Sozialstadtrat entschloss, ein größeres freies Ladengeschäft aus dem bezirklichen Wohnungsbestand zu finden, und so wurde die Ladenzeile in der Hohenstaufenstraße 22 der Standort für die Einrichtung einer „Wärmestube“, deren Trägerschaft das Uni-

onhilfswerk Schöneberg übernahm. Freiwillige Helfer und persönlicher Einsatz haben seitdem dazu beigetragen, diese Einrichtung zu einem Projekt besonderer Sozialarbeit aufrecht zu erhalten und dies trotz vieler finanziellen Schwierigkeiten.

Das Unionhilfswerk wird am 3. September das 20-jährige Jubiläum der Wohnungslosentagesstätte mit denen feiern, die damals bei der

Errichtung beteiligt waren und die auch heute noch hilfreich zur Seite stehen. Eingeladen werden unsere Besucher, die Mitarbeiter, die mit viel Engagement immer zur Verfügung stehen und die vielen Spender, die dafür sorgen, dass die Kleiderkammer gut gefüllt ist.

Das Unionhilfswerk Schöneberg hat sich hier in vorbildlicher Weise engagiert und damit Menschen in großer

Hilflosigkeit eine Tagesbleibe mit Verpflegung und Gesprächsangeboten ermöglicht. Wir wünschen uns, dass der Bezirk Tempelhof-Schöneberg weiterhin diese wichtige soziale Einrichtung unterstützt und fördert.

Hannelore Treutler

Wehrpflicht – ein Modell für die Zukunft?

Am Dienstag, den 23.03.2010 hat eine gemeinsame Veranstaltung von CDU und Junge Union (JU) Tempelhof-Schöneberg zum Thema „Wehrpflicht – ein Modell für die Zukunft?“ im Rathaus Schöneberg stattgefunden. Anstoß zu dieser Veranstaltung hat die Junge Union Tempelhof-Schöneberg mit einem Antrag auf dem letzten Kreisparteitag im Herbst 2009 zum Erhalt der 9-monatigen Wehrdienstzeit geliefert. Zu Gast war der baden-württembergische CDU-Bundestagsabgeordnete Roderich Kiesewetter. Seine Kompetenz auf dem Gebiet der Sicherheits- und Verteidigungspolitik hat er in jahrelanger Tätigkeit als Soldat der deutschen Bundeswehr, zuletzt im Rang des Oberst im Generalstabdienst, erworben.

Neben Kiesewetter nahmen an der Podiumsdiskussion der Wahlkreisabgeordnete aus Tempelhof-Schöneberg Dr. Jan-Marco Luczak sowie der Kreisvorsitzende der Jungen Union Daniel Dittmar teil, der zugleich die Moderation übernahm.



Der JU-Kreisvorsitzende Daniel Dittmar, Roderich Kiesewetter MdB und Dr. Jan-Marco Luczak MdB

Nach einem kurzen aber prägnanten Eingangsreferat von Roderich Kiesewetter bestand die Möglichkeit für das Publikum Fragen zu stellen und Statements abzugeben. Der Referent offenbarte unmissverständlich

seine klare Präferenz für die Wehrpflicht gegenüber einer Berufsarmee. Die Verankerung der Armee in der Gesellschaft in Form des „Staatsbürgers in Uniform“, Werte- und Erfahrungsvermittlung an

junge Menschen und die nachhaltige Akquise von Zeit- und Berufssoldaten für die Deutsche Bundeswehr sind die Hauptargumente für die Beibehaltung der Wehrpflicht in Deutschland. Die von der Bundes-

regierung geplante Verkürzung der Wehrdienstzeit sieht Roderich Kiesewetter außerordentlich kritisch und warnte vor einem Einstieg in den Ausstieg der Wehrpflicht. Nach 2 Stunden angeregter Diskussion ging ein spannender Abend im Rathaus Schöneberg zu Ende.

Am 27.04.2010 um 19.30 Uhr im Rathaus Schöneberg (Raum 1110) wird es eine 2. Veranstaltung zur Wehrdienstzeitverkürzung geben, diesmal aber zu den Auswirkungen auf die Sozial- und Pflegeeinrichtungen im Rahmen des Zivildienstes. Zu Gast sein wird der Bundesbeauftragte für Zivildienst Dr. Jens Kreuter. Auch zu dieser Veranstaltung sind alle an diesem Themenkomplex Interessierten herzlich eingeladen. Auf Grundlage des Antrages der Jungen Union aus dem letzten Herbst und der gewonnen Erkenntnisse aus den beiden Veranstaltungen wird dann eine Beschlussvorlage für den nächsten Kreisparteitag vorbereitet.

Daniel Dittmar

Gemeinsam zum Wirtschaftsstandort Nr.1:

Luczak zu Besuch beim UnternehmensNetzwerk Motzener Straße

„Wir sind gemeinsam aktiv!“ – lautet der tatkräftige Leitsatz des UnternehmensNetzwerk Motzener Straße e.V.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Jan-Marco Luczak machte sich vor kurzem persönlich ein Bild von der Initiative, die vor fünf Jahren als Berlins erstes Unternehmernetzwerk in einem Industriegebiet gebildet wurde. „Das Ziel, das Gewerbegebiet Motzener Straße zum Wirtschaftsstandort Nr. 1 im Süden Berlins zu machen, ist ehrgeizig - angesichts des herausragenden Engagements des UnternehmensNetzwerks und seiner Mitglieder aber durchaus erreichbar“, sagte er beeindruckt.

Positiv fand Luczak auch, dass die beteiligten Unternehmen neben ihren wirtschaftlichen Interessen ebenfalls zu ihrer gesellschaftlichen Verantwortung stehen. So entstand beispielsweise in Zusammenarbeit mit dem Jugendamt im Dezember 2008 die ortsnahe Kita Kaengoo in Marienfelde. Deren Betreuungsangebot ist auf die Bedürfnisse betrieblicher Mitarbeiter zugeschnitten, sie hat Öffnungszeiten von 6.30 bis 21.30 Uhr. „In Zeiten, in denen die Vereinbarkeit von Arbeit und Beruf immer wichtiger wird, ist dieses ein enormer Standortvorteil und gleichzeitig Ausdruck familienfreundlicher Unternehmenspolitik“, sagt Luczak.

Auch der Ansatz des Netzwerkes, den Gewerbebestand Motzener Straße zu einem Null-Emission-Standort zu entwickeln, fand großen Zuspruch bei dem CDU-Politiker; seine Unterstützung sagte er zu.

Die Initiative wurde im November 2005 auf Anregung der Wirtschaftsförderung des Bezirks Tempelhof-Schöneberg gebildet. Ihr gehören aktuell 53 Unternehmen an.

Serena Klein



Der Bundestagsabgeordnete Dr. Jan-Marco Luczak im Gespräch mit dem Vorstand des UnternehmensNetzwerks Motzener Straße e.V.

Luczak: Keine Absenkung des Verbraucherschutzes durch Europäische Union

Die EU plant, vier Verbraucherschutz-Richtlinien (Fernabsatzverträge, Haustürgeschäfte, Verbrauchsgüterkauf und Allgemeine Geschäftsbedingungen) zu einer gemeinsamen Richtlinie zusammenzufassen. Die Europäische Kommission verspricht sich hierdurch eine binnenmarktfördernde Wirkung. Das einheitliche Rechtssystem soll es den Unternehmen erleichtern, grenzüberschreitend Waren und Dienstleistungen anzubieten. Mehr Wettbewerb im europäischen Markt würde dann auch mittelbar den Ver-

brauchern zu Gute kommen, die von günstigeren Preisen profitieren.

Wesentliche Neuerung des Vorschlags ist die sogenannte „Vollharmonisierung“. Das heißt: Mitgliedstaaten hätten künftig nicht mehr das Recht, mit ihrem nationalen Verbraucherrecht über die europäischen Vorgaben hinauszugehen.

Dr. Jan-Marco Luczak ist im Ausschuss Europarecht der zuständigen Berichterstatter zum EU-Vorschlag. Er betrachtet vor allem den vorge-

schlagenen Ansatz einer „vollständigen Harmonisierung“ kritisch: „Die Initiative der Europäischen Kommission ist zwar dem Grunde nach zu begrüßen. Europa braucht ein einheitliches und kohärentes Verbraucherrecht aus einem Guss. Dies darf allerdings nicht zu Lasten der deutschen Verbraucher gehen. Denn das hohe Niveau des Verbraucherschutzes in Deutschland muss in Zeiten, in denen ständig neue Produkte auf den Markt kommen, die neue Herausforderungen an den Benutzer stellen, gewährleistet blei-

Jungfernrede im Deutschen Bundestag



© Deutscher Bundestag / Lichtblick/Achim Melde

Ende Januar 2010 hielt der Tempelhof-Schöneberger Bundestagsabgeordnete Dr. Jan-Marco Luczak seine erste Rede – die sogenannte Jungfernrede – im Plenum des Deutschen Bundestages. Inhaltlich ging es um die Aufnahme der „sexuellen Orientierung“ als verbotenes Diskriminierungsmerkmal in Artikel 3 des Grundgesetzes. Luczak lehnte für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine Verfassungsänderung ab.

Luczak stimmte zwar vollkommen überein, dass es in einem modernen und weltoffenen Land wie Deutschland keine Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität geben darf. Allerdings gewährleiste das Grundgesetz bereits jetzt einen umfassenden Schutz – es bestehe daher keine Notwendigkeit für eine Ergänzung des Art. 3 Abs. 3 GG. Die Verfassung schütze die sexuelle Selbstbestimmung nicht nur durch das Allgemeine Persönlichkeitsrecht, sondern vor allem durch den Allgemeinen Gleichheitssatz des Art. 3 Abs. 1 GG. Dieser besagt, dass vor dem Gesetz alle Menschen gleich sind. Das Bundesverfassungsgericht habe in seiner jüngsten Rechtsprechung

den Schutzzinhalt und die Reichweite des Allgemeinen Gleichheitssatzes noch einmal verdeutlicht. So habe es entschieden, dass die Ungleichbehandlung von Ehe und eingetragener Partnerschaft bei der Hinterbliebenenversorgung mit Art. 3 Abs. 1 GG unvereinbar sei. Das Gericht bestimme folglich den Schutzzinhalt von Abs. 1 GG so, als ob das Merkmal der sexuellen Identität bereits ausdrücklich in Absatz 3 genannt wäre. Dies spiegele sich auch in der Fülle von einfachrechtlichen Vorschriften wieder, die eine Diskriminierung aus Gründen der sexuellen Identität ausdrücklich verbieten.

Luczak betonte aber: „Mir ist bewusst, dass es in der Realität noch immer Anfeindungen und Übergriffe gegen Homosexuelle gibt. Diese Probleme nehme ich sehr ernst und werde mich daher auch in Zukunft für mehr gesellschaftliche Akzeptanz und Zivilcourage einsetzen.“ Das erreiche man aber nicht mittels Änderung der Verfassung, sondern mithilfe von Bildungs- und Aufklärungsangeboten.

Serena Klein

ben. Mit Deutschland wird es keine Beschneidung von Gewährleistungsrechten geben.“

Die Kritik zeigt offenbar erste Wirkung: Die EU-Kommission rückt von ihrem Plan ab, Verbraucherschutzrechte vollständig zu vereinheitlichen. Falls der jetzige Entwurf bei der ersten Lesung im EU-Parlament durchfallen sollte, dann werde die Kommission entsprechend reagieren, kündigte Viviane Reding, EU-Kommissarin für Justiz, Grundrechte und Bürgerschaft, im Binnenmarkt-

ausschuss des EU-Parlaments an. „Die volle Harmonisierung ist keine Option mehr“, sagte sie. Die Kommission wolle nun in den meisten Bereichen auf den Ansatz der „gezielten vollständigen Harmonisierung“ setzen.

Dr. Jan-Marco-Luczak, MdB



IMPRESSUM

Herausgeber:
CDU Tempelhof-Schöneberg,
Tempelhofer Damm 158/160,
12099 Berlin

Redaktion und Layout:
Dietrich Rudorff (Chefredakteur)
Florian Graf
Roman Simon
Dr. Jan-Marco Luczak

Fotos:
Rüdiger Bandholtz
Auflage:
9.500

Druck:
Westkreuz-Druckerei
Ahrens KG Berlin/Bonn,
Töpchiner Weg 198/200,
12309 Berlin

Jeder Autor ist für seinen Text selbst verantwortlich. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Als Junior-Botschafterin für ein Jahr in die USA

Der Bundestagsabgeordnete Dr. Jan-Marco Luczak (CDU) unterstützt eine Marienfelder Schülerin.

Die 15-jährige Kareen Hoffmann der Marienfelder Gustav-Heinemann-Oberschule verwirklicht sich ihren Traum: Mit Unterstützung ihres Tempelhof-Schöneberger Bundestagsabgeordneten Dr. Jan-Marco Luczak (CDU) wird sie schon in wenigen Monaten für ein Jahr in den USA leben und lernen dürfen. Dort soll die Schülerin als junge Botschafterin dazu beitragen, dass die Freundschaft zwischen den beiden Ländern gefestigt und die gegenseitige Neugier geweckt wird.

Die Möglichkeit dazu verdankt Kareen dem traditionellen Parlamentarischen Patenschafts-Programm, welches ihr ein Stipendium des Deutschen Bundestages gewährt. Abgeordnete übernehmen dabei für ein Jahr die Patenschaft für einen Stipendiaten. Gegenwärtig nehmen 400 Parlamentarier daran teil, darunter auch der Berliner Abgeordnete Dr. Jan-Marco Luczak.

Luczak entschied mit über die Nominierung und Auswahl von Kareen



Der Tempelhof-Schöneberger Bundestagsabgeordnete Dr. Jan Marco Luczak (CDU) und sein parlamentarisches Patenkind Kareen Hoffmann

und wird im Laufe des USA-Jahres ihr Ansprechpartner im Bundestag sein – bei Fragen oder Problemen, aber auch bei politischen Belangen. Sobald feststeht, in welchem US-Bundesstaat Kareen ab Herbst 2010 ihr Jahr verbringen wird, soll der Kontakt mit dem US-Kollegen vor Ort aufgenommen werden. Luczak: „Ich werde den Kongressabgeordneten auf die deutsche Stipendiatin aufmerksam machen und mich dafür einsetzen, dass ein guter Kontakt zustande kommt.“ Damit auch Freunde und interessierte Mitschüler regelmäßig erfahren können, welche Abenteuer Kareen in den USA erlebt, wird sie vierteljährlich einen Erfahrungsbericht über ihr Leben in der amerikanischen Gastfamilie und an der High School nach Hause senden – nachzulesen auf der Homepage des Abgeordneten (www.luczak-berlin.de).

Kareen Hoffmann: „Ich freue mich total, in einem halben Jahr in die USA fliegen zu dürfen. Ich mache bestimmt viele aufregende und wichtige persönliche Erfahrungen.“ Dass die Marienfelder Schülerin dabei ihre Rolle als Junior-Botschaf-

terin gewissenhaft ausfüllen wird, ist für Luczak ohne Zweifel: „Kareen Hoffmann ist engagiert, wissbegierig und weltoffen. Ich bin mir sicher, dass sie in den USA eine ausgezeichnete Botschafterin unseres Landes sein wird.“

Das Parlamentarische Patenschafts-Programm ist getragen von einer engen Kooperation zwischen dem Bundestag, sechs Austauschorganisationen und den beiden Ländern. Seit 1983 ermöglichen der Deutsche Bundestag und der US-Kongress alljährlich rund 400 jungen Deutschen sowie 400 jungen Menschen aus den USA die Teilnahme.

Serena Klein

Flughafen Tempelhof: Als Denkmal würdigen!

Am 7.6.2009, dem Tag der Europawahl, fand im Bezirk Tempelhof-Schöneberg ein Bezirksbürgererscheid über das Vorhaben „Flughafen Tempelhof als Weltkulturerbe schützen“ statt. Die durch die Bürgerinitiative be-4-Tempelhof.de initiierte Abstimmung erhielt die überwältigende Mehrheit von 65,2 % Ja-Stimmen. Gleichzeitig arbeitet das Aktionsbündnis be-4-tempelhof.de auf einen berlinweiten Volksentscheid hin, bei dem ebenfalls über eine Eintragung des Flughafens Tempelhof in das UNESCO-Weltkulturerbe abgestimmt werden soll. In der ersten Stufe, um einen Antrag auf den Volksentscheid beim Senat von Berlin einreichen zu können, verlief bislang auch dieses Verfahren erfolgreich. Doch wie steht es aktuell um den Gesamtkomplex des Flughafens Tempelhof?

Im Moment bereitet der rot-rote Senat die Öffnung des Flugfeldes für die Berliner Bevölkerung am 8. Mai 2010 vor. Dazu lässt der Senat zahlreiche Rückbaumaßnahmen, insbesondere an flugtechnischen Anlagen auf dem Flugfeld durchführen. Wir erinnern uns: Auch am



und im Gebäude wurden im letzten Jahr erhebliche bauliche Veränderungen vorgenommen! An dieser Stelle entsteht der Konflikt mit dem Ziel der Bürgerinitiative: denkmalgerechter Erhalt der Gesamtanlage. Dabei begrüßt das Aktionsbündnis die Öffnung des Flugfeldes für die Menschen, jedoch im Rahmen der Besichtigung eines authentischen Denkmals. Juristische Auseinandersetzungen sind die Folge. Bemerkenswert ist außerdem Folgendes: Während sich der rot-rote Senat mit der Öffnung des Flugfeldes Offenheit und Transparenz auf die Fahnen schreiben möchte, finden die erheblichen baulichen Ver-

änderung auf dem Flughafen Tempelhof weitgehend unbemerkt durch die Öffentlichkeit statt. Besichtigungsmöglichkeiten des Gebäudes und des Flugfeldes werden nicht gewährt oder sind streng reglementiert. Parallel zur Intransparenz der Verträge mit dem Modeunternehmen bread & butter darf dieses sich auch ungehindert unter Vornahme zahlreicher baulicher Veränderungen im Gebäude einrichten. Die durch das Abstimmungsergebnis legitimierten Ziele des Aktionsbündnisses sind durch den Umgang des Senats mit der denkmalgeschützten Substanz beeinträchtigt. Auch hier zeigt sich wieder, dass der rot-rote

Senat unsensibel agiert und die ausdrücklichen Anliegen der Berliner Bevölkerung nicht ernst nimmt. Des Weiteren wird immer klarer, dass der Senat keine konkreten und ernsthaften Konzepte für die Zukunft des Geländes vorzuweisen

hat. Im Gegenteil: ständig jagt er mit neuen und teilweise unseriösen Ideen eine Sau nach der anderen durch das Dorf. Eine an den Wünschen der Menschen ausgerichtete Politik sieht indes anders aus!

Dietrich Rudorff



Aus dem Berliner Abgeordnetenhaus

Die SPD hat sich als – selbsternannte – Mieterpartei entlarvt

Die Entscheidung, im Sozialen Wohnungsbau keine weiteren Anschlussförderungen zu gewähren, hat zu erheblichen Mietsteigerungen geführt.

Ein besonders drastischer Fall betrifft die Häuser im Fanny-Hensel-Kiez – zwischen Potsdamer Platz, Schöneberger Straße und Hafenplatz gelegen. Die Mieterinnen und Mieter, der 1988/89 errichteten Häusern, erhielten von den neuen Eigentümern eine Grundmieterhöhung von mehr als 33 %.

In der Sitzung des Ausschusses für Bauen und Wohnen am 17. Februar d. J. wurden die Betroffenen ange-

hört: der Vertreter der Mieterinitiative, der Bezirksbürgermeister, ein Vertreter der Eigentümer GmbH & Co. KG, ein Vertreter des Berliner Mietervereins und die Leiterin für Bestandsmanagement Immobilien der Investitionsbank Berlin.

Frau Junge-Reyer, tatkräftig unterstützt von den SPD-Vertretern im Ausschuss, machte deutlich, dass sie nicht gewillt ist, von der Härtefallregelung, wie in den Mietausgleichsvorschriften vorgesehen, Gebrauch zu machen. Nach längerer Diskussion bot sie an, im Einzelfall zu prüfen, ob eine Umzugsbeihilfe gewährt werden könnte und sie versprach, andere Wohnungsbaugesellschaften

aufzufordern, den Mieterinnen und Mietern – die binnen acht Wochen nun ihre Wohnungen verlassen müssen – Wohnraum anzubieten. Im Bezirk werden sie nichts Vergleichbares finden, schon gar nicht in der Nähe. Denn die Wohngegend ist durch die veränderte politische Situation zur begehrten Citylage geworden; und die neuen Eigentümer werden ohne Probleme, die dann hübsch renovierten Wohnungen an den Mann/die Frau zu bringen.

Das heißt aber für die Noch-Bewohner, sie müssen ihre bekanntes Umfeld verlassen, die Kinder werden andere Schulen und Kindergärten besuchen, – eine gewachsene

Gemeinschaft, ein bislang intakter Kiez wird verschwinden.

Das ist in Berlin kein Einzelfall: Insgesamt betroffen sind ca. 28 Tausend Wohnungen.

Bei mir haben sich Mieterinnen und Mieter aus dem Wedding und aus Schöneberg gemeldet, denen das Gleiche droht bzw. bereits geschehen ist.

Man kann zu der politischen Entscheidung, die Anschlussförderung auslaufen zu lassen, stehen, wie man will – aber die Menschen mit den daraus für sie folgenschweren Problemen alleine zu lassen, das ist



unsozial. Und der Anspruch der SPD, die Partei für die Berliner Mieterinnen und Mieter zu sein, hat sich klar als Luftnummer entlarvt.

Monika Thamm

Charité in der Notaufnahme – Doch der Senat ist handlungsunfähig

Berlin braucht die Charité, und zwar an allen vier Standorten – und die Charité braucht verbindliche Zusagen des Landes Berlin zur Finanzierung dringend notwendiger Investitionen.



Nicolas Zimmer MdA

Doch der zuständige Wissenschaftssenator Prof. Zöllner (SPD) verteilt nur Placebos und weiße Salbe, um den Patienten Charité und die Öffentlichkeit ruhigzustellen. Doch mindestens ein Senator, nämlich Herr Dr. Nußbaum, marschiert mit der Knochensäge durch die Stadt und will Teile der Charité amputieren: Die Charité werde von ihren Professoren in Geiselschaft genommen, so Nußbaum; nicht Qualität, sondern schiere Masse regiere die Uniklinik; die Charité solle einen ihrer drei Klinikstandorte aufgeben, am besten das Klinikum Benjamin Franklin in Steglitz.

Solche Angriffe bleiben natürlich nicht ohne Folgen. Die zu Recht aufgebrachten Professoren an der Charité schreiben an Wowereit. Der Vorstandsvorsitzende der Charité, Prof. Einhäupl, wehrt sich öffentlich,

und der Aufsichtsrat beschwert sich schriftlich über Senator Nußbaums Attacken. Unnötige Provokationen des Senats statt substantieller Lösungsvorschläge.

Jeder Tag, der weiter durch Streitereien der Senatoren und ohne Entscheidung ins Land geht, leistet dem Verfall der Infrastruktur an der Charité Vorschub und ruiniert die Reputation dieser Institution, die seit nunmehr 300 Jahren besteht, zwei Weltkriege und die DDR überlebt hat und nun ein Opfer des rot-roten Senats zu werden droht.

Die Charité benötigt jährlich 100 Millionen Euro für Investitionen. Allein die Instandhaltungskosten summieren sich dabei auf 70 Millionen Euro. Der gesamte bauliche Investitionsbedarf der Charité beträgt 636 Millionen Euro. Der Senat und allen voran der Regierende Bürgermeister Wowereit muss endlich den 10.000 Beschäftigten an der Charité und den Berlinerinnen und Berlinern reinen Wein einschenken, denn diese Debatte und vor allem ihr Abschluss dulden keinen weiteren Aufschub.

Natürlich kann ein Konzept für die Charité nicht losgelöst von dem landeseigenen Klinikkonzern Vivantes entstehen. Auch hier ist unsere Botschaft klar: Weder das Auguste Viktoria Klinikum noch das Wenckebach Klinikum dürfen geschlossen werden. Beide Kliniken arbeiten profitabel und sind für eine wohnortnahe Versorgung der Menschen in Tempelhof-Schöneberg unverzichtbar.

Nicolas Zimmer, MdA ist wissenschaftspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion

Wir danken dem Kanzler der Einheit

Anlässlich seines 80. Geburtstages am 3. April wird Helmut Kohl von vielen geehrt, und viele haben dem

abschafft. Sie richtet sich darauf, daß beide Systeme reformfähig sind und der Wettbewerb der Systeme



Kanzler der Einheit gratuliert. Am 5. Mai wird ein zentraler Festakt der Stadt Ludwigshafen, des Landes Rheinland-Pfalz und der Bundesrepublik Deutschland in der Heimatstadt von Helmut Kohl stattfinden.

Berlin ist Helmut Kohl zu großem Dank verpflichtet und viele Berlinerinnen und Berliner sind von Herzen dankbar für seine Leistung zur Überwindung der Teilung unserer Stadt und unseres Vaterlandes. Während die SPD in der Bundesrepublik Deutschland mit der SED in der DDR in den späten achtziger Jahren ein gemeinsames Papier verfasste, in dem es u.a. hieß „Keine Seite darf der anderen die Existenzberechtigung absprechen. Unsere Hoffnung kann sich nicht darauf richten, daß ein System das andere

den Willen zur Reform beider Seiten stärkt.“ hielt Helmut Kohl unbeirrbar am Ziel der deutschen Einheit in Freiheit fest. Dies brachte er vielfach sehr deutlich zum Ausdruck. So hielt er als Bundeskanzler jährlich einen „Bericht zur Lage der Nation“ vor dem Deutschen Bundestag. 1983 trug sein Bericht die bezeichnende Überschrift „Wir Deutsche finden uns mit der Teilung unseres Vaterlandes nicht ab.“

In den entscheidenden Wochen und Monaten nach der politischen Wende in der DDR, die von den Menschen mutig erzwungen und von der Führung der Sowjetunion - anders als 1953 - geduldet worden ist, handelte Helmut Kohl besonnen, zielstrebig und entschlossen. Er baute geschickt seine guten persönlichen

Kontakte aus der Zeit vor der Wende zu Michail Gorbatschow aus und nutzte die damalige günstige internationale politische Großwetterlage bei den Schritten zur deutschen Einheit. Er war neben den die sofortige Einheit fordernden Deutschen in der DDR maßgeblich für das Schrittempo auf dem Weg zur Einheit verantwortlich. Ob es um die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion der Bundesrepublik Deutschland mit der DDR wenige Monate nach der Wende oder um den sehr zügigen Abschluss der sogenannten 2 + 4 - Verhandlungen mit den vier Siegermächten des Zweiten Weltkrieges ging: Er wusste die Gunst der Stunde zu nutzen. Nicht einmal ein Jahr nach dem Fall der Mauer wurde die deutsche Einheit und die Einheit Berlins Realität. Dies feierten in den frühen Morgenstunden des 3. Oktober 1990 in Berlin vor dem Reichstagsgebäude und am Brandenburger Tor Hunderttausende.

Später – bei der Debatte um den Umzug von Parlament und Regierung von Bonn nach Berlin – sprach er sich für den Umzug nach Berlin aus. Angesichts der damaligen sehr knappen Mehrheit im Deutschen Bundestag bei der Abstimmung für den Umzug nach Berlin war es auf alle Fälle hilfreich, dass der Kanzler sich auch hier eindeutig positionierte.

Die Stadt Berlin verlieh ihm zurecht wegen seiner Verdienste um die deutsche Einheit und damit auch die Einheit der Stadt Berlin am 9.11.1992 – drei Jahre nach dem Mauerfall – zusammen mit Michail Gorbatschow und Ronald Reagan die Ehrenbürgerwürde.

Roman Simon

BVV – Informationen

Hartz IV – Bescheide künftig einfacher?

Die BVV hat auf Antrag der CDU im März beschlossen, dass im Jobcenter Tempelhof – Schöneberg eine Anlaufstelle zur Erläuterung von Hartz IV – Bescheiden geschaffen wird. Der Bezirk Mitte hat bereits positive Erfahrungen mit einer solchen Einrichtung. Sie soll einerseits mehr Service für die Betroffenen bieten und andererseits überflüssige Einsprüche durch die Anspruchsberechtigten minimieren. Die beste Lösung wäre jedoch: Ein einfaches und klar verständliches Gesetz. Bis zu diesem Zeitpunkt haben wir die zweitbeste Lösung auf Bezirksebene gefunden.

Schlaglochreparatur auch in unserem Bezirk

Nach der etwas mysteriösen Aussage des zuständigen Bezirksamtsmitglieds Oliver Schwork (SPD) aus



dem Februar: „Er wolle kein zusätzliches Geld zur Schlaglochreparatur, da er kein Personal habe um die Reparatur auch sicherzustellen“ wollte es die CDU im März genauer wissen. Bis Ende April hat das Bezirksamt der BVV eine Liste vorzulegen, nach welchen Prioritäten die Straßenschäden aus den zusätzlichen Senatsmitteln behoben werden sollen. Eins ist jetzt schon sicher: „Egal ob mit oder ohne Personal, das Geld reicht bestenfalls für die Hälfte der Schäden!“

Solartankstellen im Bezirk

Hätten Sie es gewusst? Die Bundesregierung hat Berlin-Potsdam zu einer von 8 Modellregionen für batterieelektrisch betriebene Fahrzeuge in Deutschland gemacht. Ein Schwerpunkt sollen dabei auch Solartankstellen sein. Insgesamt stehen 115 Millionen Euro zur Verfügung, leider ist bisher erst eine von 40 Stromtankstellen für unseren Bezirk geplant. Nach Auffassung der CDU ist das ein guter Grund ver-

stärkte Anstrengungen für weitere Anlagen im Bezirk zu unternehmen.

Keiner hat's gewusst

und plötzlich war sie da. Wer oder Was? Die Stele vor dem Rathaus Schöneberg, die Anfang des Jahres wegen ihres geschichtsverfälschenden Textes durch die Presse geisterte. Verantwortlich waren die Senatskanzlei und die Robert Havemann Stiftung. Im März wurde ein neuer Text vorgestellt in dem die Persönlichkeit von Helmut Kohl als – Kanzler der Einheit – und die Veranstaltung vor dem Rathaus Schöneberg am 10.11.1989 in den richtigen Kontext gesetzt werden.

Runder Tisch gegen Müll im Crelle-Kiez

Fast ein Jahr ist es her, als Anwohnerbeschwerden die CDU veranlassen die Einrichtung eines runden

Tisches zum Thema: „Müll im Crelle-Kiez“ durch das Bezirksamt zu fordern. Wir haben heute zwar keine heile Welt im Kiez, aber das bürgerschaftliche Engagement der Anwohner wird nicht mehr durch das Bezirksamt ignoriert sondern erhält die notwendige Unterstützung. Ein schöner Erfolg!

Hollywood auf der Schöneberger Insel?

Es mehren sich Anwohnerbeschwerden über ständige Filmarbeiten im Kiez um die Naumannstr. Warum? Es geht natürlich um die ohnehin knappen Parkflächen! Wir werden diese Frage in der nächsten Zeit mit den Anwohnern thematisieren und die Kosten-Nutzen-Frage für den Bezirk stellen.

Ralf Olschewski

Lichtenrade zwischen Wahrzeichen und Zeitgeist

Nun wird erweckt, was jahrzehntelang seinen Dornröschenschlaf im Herzen Lichtenrades hielt. Die „Alte Mälzerei“, 1898 im Stile des Neobarock von dem Architekten Wilhelm Walther entworfen und von der „Actiengesellschaft Schlossbrauerei“ errichtet. Prima!

Wer nun aber in denkmalschutzartige Gefühlsduselei verfällt, sieht sich mit Blick auf die Investitionspläne des Eigentümers schnell ernüchert. Für die Mälzerei gibt es derzeit noch gar kein Konzept, lediglich drumherum entsteht ein Einkaufszentrum. Hier geht es um alles, aber nicht um denkmalgerechte Revitalisierung; hier geht's vor allem um den schnellen Euro am Bahnhof.

Gut, eine Immobiliengesellschaft ist kein Sozialamt und in wirtschaftlich schweren Zeiten kann man sich doch nur freuen, wenn mutige Menschen Arbeitsplätze schaffen!? Stimmt, aber gab es da nicht ein Unverhältnis Verkaufsfläche / Arbeitsplätze bei großflächigem Einzelhandel? Klar, aber schließlich zieht der Einkaufstempel konsumdurstige Menschenströme nach Lichtenrade. Sicher, die werden zwar vornehmlich aus der östlichen Bahnhofstraße abgezogen und dann werden dort alteingesessene Läden schließen und Arbeitsplätze vernichtet, aber es werden bestimmt einige Filialisten wieder einziehen. Das nennt man Strukturwandel!



Aber ein wirklich gutes Argument ist; dem Zeitgeist des Umweltschutzes folgend, brauchen wir nicht mehr nach Gropiusstadt oder Steglitz zu fahren!

Warum der Investor 500 Stellplätze plant, weiß ich auch nicht. Vielleicht kann man damit den Truppenübungsplatz der ehemaligen Laubenpieper befrieden.

Ok, aber die Qualität der Neubauten und der gewünschten Mieter (Saturn, Deichmann, C&A, McGeiz) macht doch unser Dorf schöner?

Die neue Architektur ist derart beschränkt, dass sich die Baukunst vergangener Zeiten hervorhebt. Das nenn ich „gelebter Denkmalschutz“. Nicht zuletzt lädt die großzügige Park(platz)landschaft unsere Jugendlichen zu abendlichen Trink-

vergnügen ein. Bürgerherz, was willst Du mehr.

Sollte dann noch die ebenerdige Bahntrasse kommen, könnte sich bei Starkregen die Unterführung zu einem idyllischen Weiher anfüllen. Die vorbeieilenden Schnellzüge lassen den auf den als Schallschutzwände deklarierten Kaimauern verweilenden Romantiker von fernen Zielen träumen und das Naherholungs- und Einkaufsparadies wäre perfekt.

Ein Zyniker, der glaubt, Lichtenrade bliebe auf ewig „mittlere Wohnlage“; es geht auch immer noch ein bisschen schlechter.

Gallus Falk, Architekt

Fortschritte beim Euref-Projekt in Schöneberg

Nicht alle Parteien stehen geschlossen hinter dem Projekt eines Europäischen Energie Forums (kurz: Euref) auf dem Gelände des Gasometers in Schöneberg. Von den Grünen kommt ständig Kritik, und auch der SPD-Abgeordnete Lars Oberg nimmt das Vorhaben auf seiner Internetseite in die Mangel. Erstaunlich ist gerade die Kritik der Grünen: schließlich soll hier u.a. das erste CO2 freie Büroquartier errichtet werden.

Zurzeit zeigt sich, dass privat finanzierte Projekte wie beim Gasometer gerade in der jetzigen Finanz- und Wirtschaftskrise oft länger bis zur Verwirklichung brauchen, als aus öffentlichen Geldern finanzierte Bauvorhaben. Indes sollte die private Initiative gefördert werden: die CDU begrüßt sie ausdrücklich. Wenn auch nicht überall auf dem Gelände gleichzeitig gebaut wird, sind die Fortschritte deutlich zu sehen. So etwa beim sogenannten Messelgebäude. Hier werden die Umbauarbeiten voraussichtlich zur Jahresmitte fertiggestellt sein.

Die zukünftigen Mieter entstammen zum großen Teil der Wirtschaft und der Energieindustrie. Auch Ziel des einzelnen Bauvorhabens innerhalb des Euref-Projektes ist es, keine Emissionen zu produzieren. So soll die Wärmeversorgung mittels effizienter Luftwasserwärmepumpen erfolgen. 90 Wärmepumpen werden dezentral im Gebäude installiert; über ein Zweirohrverteilnetz kann der Bau entweder gekühlt oder

geheizt werden. Bei dieser technischen Anordnung handelt es sich um ein Pilotprojekt in Deutschland. Es können ca. 35 bis 40 % der Energie im Vergleich zu anderen Anlagen eingespart werden. Für das Jahr 2012/2013 ist geplant, aus 400 m Tiefe 23 Grad warmes Wasser zum Heizen zu befördern. Auch wird es als Pilotprojekt ein Mini-Blockheizkraftwerk geben, welches ungefähr 90 kw Wärmeleistung bringt. Das Kraftwerk erzeugt auch Strom, welcher in das öffentliche Netz eingespeist wird.

Auf dem Dach des denkmalgeschützten Messelgebäudes wird eine Photovoltaikanlage angebracht, die sowohl der Wassererwärmung als auch der Erzeugung elektrischer Energie dient. Auch die denkmalgeschützte Schmiede wird umgebaut. Hier entstehen Veranstaltungssäle und u.a. ein italienisches Restaurant.

Wie viele Arbeitsplätze auf dem gesamten Gelände geschaffen werden, ist noch nicht absehbar. Die Zahlen reichen bis zu einer Höhe von 5.000. Die Arbeitsplätze werden außer im wissenschaftlichen Bereich auch durch Firmenansiedlungen im Energiesektor geschaffen. Es ist also schon einiges erreicht worden auf dem Gasometergelände, gleichwohl bleibt noch viel zu tun. Außer Frage steht aber die Zukunftsträchtigkeit der Energiebranche, die sich hier ansiedeln wird.

Dietrich Rudorff

Vom Tempelhofer Hafen aus in See stechen

Auf Initiative der CDU-Fraktion ist das Bezirksamt aufgefordert worden, bei den Ausflugsschiffahrtsgesellschaften dafür zu werben, dass der Tempelhofer Hafen als Anlegestelle von den Ausflugsschiffen angelaufen wird. Damit hätten insbesondere die älteren Menschen einen kürzeren Weg zu den Schiffen, um eine Fahrt Richtung Potsdam oder Müggelsee zu unternehmen. Andererseits bietet sich dabei auch

an, die Berliner Industriegebiete von der Wasserseite auf die angenehme Art zu erkunden.

Für den Tempelhofer Hafen wäre dies eine positive Ergänzung zu den bald fertig gestellten Außenanlagen am Tempelhofer Hafen und ein kleiner Impuls für die Geschäftsstraße und das direkt benachbarte Einkaufscenter.

Christian Zander



Winter ade?

Beim Winterdienst wurde scheinbar der Klimawandel vorweg genommen

Nach dem großen Schnee startete unsere CDU-Fraktion in der BVV eine große Anfrage unter dem Titel „Das Ordnungsamt vom Schnee verweht?“ an den zuständigen Stadtrat zum Thema Straßen- und Gehwegreinigung und Kontrolle des Winterdienstes durch das Ordnungsamt. Gerade im Interesse vieler Bürgerinnen und Bürger die in letzten Wochen bei schwierigsten Straßen- und Gehwegsverhältnissen verärgert bis erbost auch bei uns angefragt hatten, war die Januar-BVV wohl die zeitlich bestens gewählte Veranstaltung dieses brisante Thema öffentlich zu diskutieren.

Nicht zum ersten Mal musste das Bezirksamt eingedenk mangelnder Personalausstattung hier Hilflosigkeit offenbaren. Eigentlich sind die Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten klar geregelt, die Kontrolle, die Umsetzung stehen auf einem anderen Blatt. Die Fragen konnten nicht abschließend beantwortet werden, wie aus den diesjährigen Erfahrungen in Zukunft

Verbesserungen zu erwarten sein könnten. Kein Geld, kein Personal, sicherlich nicht überzeugend, wenn bei schwierigsten Wetterverhältnissen Parksünder erfasst werden, statt sich um halbwegs passierbare Gehwege zu kümmern.

Natürlich sind bei der Gehwegreinigung die Grundstücksbesitzer verantwortlich, besonders kritisch wird dabei die öffentliche Hand angesehen, gerade vor öffentlichen Gebäuden hatte der Winterdienst in den vergangenen Wochen scheinbar Kältefrei.

Begründet wird dies mit der mangelnden Solidität der beauftragten Reinigungsunternehmen, da fragt man sich, wie in diesem Land die Ausschreibungen für solche Leistungen erfolgen. Anderenorts werden schon mal Fragen nach Umsatzhöhe und Personalausstattung gestellt, hier war das wohl nicht der Fall und andere Kriterien entschieden, schönen Gruß an unsere Haushaltspolitiker im Land.

Die Interessen der Kleingärtner sind bei uns gut aufgehoben!

Die Kleingartenanlage an der Sänthisstraße nutzt ein seit vielen Jahrzehnten als „Industriegebiet festgestelltes“ Areal. Nunmehr hat ein „pfiifiger“ Unternehmer das Gelände aufgekauft und möchte es seiner ausgewiesenen Nutzung zuführen und damit zu Lasten der Kleingärtner aber auch der naheliegenden Wohngebiete einen Gewinn machen. Es geht hier nicht etwa um Industrieansiedlung und neue Arbeitsplätze, sondern um Discounter und auch von einem Schrottplatz auf dem Gelände ist die Rede. Alles ganz legal!?

Ja – aber dennoch stellt sich die Frage nach Interessen von Bürgern, also von uns allen. Dabei hatte die CDU schon in den 80er Jahren das besondere Problem dieser und noch anderer Flächen erkannt und versucht, Bebauungspläne zur Sicherung der Kleingartenflächen aufzustellen – leider ohne die Unterstützung der zuständigen Senatsverwaltung, an der das damalige Vorhaben scheiterte!

Welche Möglichkeiten bleiben? Die CDU hat das BA aufgefordert, dem



Investor alternative Industrieflächen (und davon gibt es im Bezirk genug) anzubieten und gleichzeitig den Kleingärtnern empfohlen, das Gelände selbst über ein „Genossenschaftsmodell“ zu erwerben. Mit der Drucksache 999 hatte die CDU-Fraktion schon vor der aktuellen Problematik das BA aufgefordert, einen erneuten Vorstoß zur Sicherung der noch bestehenden

Kleingartenflächen im Bezirk zu unternehmen. Diese Forderung wird jetzt umso dringlicher! Unterstützung von der SPD ist eher zweifelhaft, denn sie die hat mit dem SPD geführten Senat gerade ein Kleingartengelände mitten in der City (Württembergische Straße) gewinnbringend verschachert. Die Gärten sind inzwischen geräumt!

Anwendung des Straßenausbaubeitragsgesetzes in der Arnulfstraße gestoppt

Das Bezirksamt hat auf mehrmaliges Drängen der CDU-Fraktion ein üblicherweise notwendiges Gutachten über den Zustand der Fahrbahnbefestigung in der Arnulfstraße erstellen lassen. Das Gutachten kommt zum Schluss, dass die vorhandene Tragschicht in den untersuchten Bereichen nicht ausgewechselt werden muss! Damit entfällt für diese Bereiche die Anwendungsmöglichkeit des umstrittenen Straßenausbaubeitragsgesetzes!

Das Bezirksamt möchte nun nur noch (!) einen Umbau des Gehweges vornehmen und somit die Anwohner zumindest an diesen Kosten betei-

gen! Wir stellen auch dieses Vorhaben in Frage, da die aktuelle Aufteilung (Nutzung der Busspur auch für die Radfahrer) durchaus funktioniert und keiner grundlegenden Änderung bedarf. Wir werden hierzu ggf. ein weiteres Verkehrsgutachten einfordern!

Unabhängig von der Möglichkeit zur Anwendung des Straßenausbaubeitragsgesetzes hat wirtschaftliches Handeln oberste Priorität und dazu zählt eine rechtzeitige und angemessene Instandsetzung unserer Verkehrswege. Die CDU-Fraktion wird das Vorhaben weiterhin kritisch begleiten.

Entwicklungsplan Elektromobilität

Im März 2010 haben wir das Bezirksamt ersucht zu prüfen, wie im Rahmen des nationalen Entwicklungsplans Elektromobilität im Bezirk Tempelhof-Schöneberg verstärkt Einrichtungen, vorrangig auf Solarbasis, geschaffen werden können, an denen batteriebetriebene Elektrofahrzeuge aufgeladen werden können.

Um den Markt für batterieelektrisch betriebene Fahrzeuge in Deutschland zu begründen, bzw. die in diesem Zusammenhang notwendige Forschung und Entwicklung zu unterstützen, hat die Bundesregierung am 19.8.2009 den sog. „Nationalen Entwicklungsplan Elektromobilität“ verabschiedet. Zur Förderung dieser spezifischen Forschung will die Bun-

desregierung eng mit Städten und Kommunen zusammenarbeiten – mit dem Ziel, die Infrastruktur für die Elektromobilität im öffentlichen Raum aufzubauen. Das Ziel: Bis 2020 sollen eine Million Elektrofahrzeuge auf Deutschlands Straße fahren, davon ca. 50.000 – 100.000 in Berlin. Im Rahmen dieses Programms ist Berlin/Potsdam eine von 8 Modellregionen,

die damit im Rahmen des Konjunkturprogramms II vom BMVBS nachhaltig mit insgesamt 115 Millionen € gefördert werden. In Tempelhof-Schöneberg ist jedoch lediglich eine von mindestens 40 Stromtankstellen für 2010 in Berlin geplant. Nach unseren Recherchen bei Vattenfall ist nicht mal diese eine für unseren Bezirk sicher. Insgesamt ist für Ber-

lin nur eine Solartankstelle geplant, obwohl die Bundesregierung vorgesehen hat, dass der Strom für Elektrofahrzeuge zu 100% aus regenerativen Energien stammen soll. Tempelhof-Schöneberg hätte mit einer oder mehreren Solartankstellen die Möglichkeit, Modellbezirk in unserer Region für regenerative Energien zu werden.

Termine der CDU Tempelhof-Schöneberg

27.04.2010, 19.30 Uhr	Diskussionsveranstaltung der CDU Tempelhof-Schöneberg zum Thema: „Verkürzung der Wehr- und Zivildienstzeit!“ mit Dr. Jens Kreuter (Bundesbeauftragter für den Zivildienst)	Rathaus Schöneberg, Raum 1110, John-F.-Kennedy-Platz, 10825 Berlin
28.04.2010, Abfahrt 9.00 Uhr	Fahrt des Unionhilfswerks Schöneberg nach Potsdam: Mittagessen, Stadtrundfahrt, per Schiff nach Werder, Baumblütenfest, Rückfahrt mit Schiff und Bus (Eigenbeteiligung: 41,00 Euro); Anmeldung und Nachfragen bei Hannelore Treutler, Tel.- u. Faxnr. 211 45 15	U-Bhf Bayerischer Platz
28.04.2010, 19.00 Uhr	Diskussionsveranstaltung der CDU Kleistpark zum Thema: „Verheerende Bilanz: 8 Jahre rot-rote Senatspolitik“ mit Florian Graf, MdA	Kneipe Zum Umsteiger, Yorkstr. 56, 10965 Berlin
29.04.2010, 19.00 - 21.00 Uhr	Stammtisch der CDU Lichtenrade	Gaststätte Seinerzeit, Bahnhofstr. 39, 12305 Berlin
05.05.2010, 19.30 Uhr	Stammtisch/Bürgersprechstunde der CDU Marienfelde mit Scott Körber, MdA	Alte Dorfaue, Alt-Marienfelde 41
06.05.2010, 19.30 Uhr	Stammtisch der CDU Innsbrucker Platz	Taverna Kos, Belziger Str. 68, 10823 Berlin
10.05.2010, Abfahrt 8.00 Uhr	Busfahrt des Unionhilfswerks Schöneberg an die Sächsische Weinstraße: Rundfahrt, Spargelessen im Landgasthaus an der Elbe, Fahrt mit dem Schaufelraddampfer nach Meißen, Rundgang durch die Altstadt, Rückfahrt mit dem Bus (Eigenbeteiligung: 44,00 Euro); Anmeldung und Nachfragen bei Hannelore Treutler, Tel.- u. Faxnr. 211 45 15	U-Bhf Bayerischer Platz
11.05.2010, 18.00 - 19.30 Uhr	Bürgersprechstunde Dr. Jan-Marco Luczak – Ihr Tempelhof-Schöneberger Bundestagsabgeordneter vor Ort	Restaurant Zur Linde, Kirchhainer Damm 37, 12309 Berlin
11.05.2010, 19.30 Uhr	gemeinsame Veranstaltung der CDU Ortsverbände Schöneberger Westen, Kleistpark und Friedenau zum Thema „Die Berliner S-Bahn-Krise aus Sicht der Beschäftigten“ mit dem Betriebsratsvorsitzenden der S-Bahn Heiner Wegener	Kleine Ratsstuben (Freiherr-vom-Stein-Straße Ecke Am Rathaus) im Rathaus Schöneberg
15. und 16.05.2010 jeweils 12 - 18 Uhr	CDU Präsent mit einem Informationsstand auf dem Rheinstraßenfest	Kaisereiche
18.05.2010, 18.30 Uhr	Bürgersprechstunde von Nicolas Zimmer, MdA	Restaurant Zur Linde, Kirchhainer Damm 37, 12309 Berlin
21.05.2010, 18.00 Uhr	Preisskat der CDU Neu-Tempelhof: 5 € Startgebühr (Imbiss inklusive); Anmeldung bei Herrn Drews Tel.-Nr. 7551 4991	Antikstuben im Kunigundeneck, Kunigundenstr. 1, 12105 Berlin
25.05.2010, 19.30 Uhr	Polizei zu Gast bei der CDU Mariendorf	Rudolf-Wissel-Haus, Alt-Mariendorf 24-26, 12107 Berlin
25.05.2010, 18.00 Uhr	Bürgersprechstunde von Florian Graf, MdA in Mariendorf-Ost	Restaurant Split, Rixdorfer Straße 91, 12109 Berlin
25.05.2010, 19.30 Uhr	CDU Lichtenrade - Mitgliederversammlung	Restaurant „Reisel“, Alt-Lichtenrade 83, 12310 Berlin
27.05.2010, 19.00 - 21.00 Uhr	Dr. Jan-Marco Luczak MdB zu Gast beim Stammtisch der CDU Lichtenrade	Gaststätte Seinerzeit, Bahnhofstr. 39, 12305 Berlin
29.05.2010, 10.00 - 12.00 Uhr	CDU Präsent mit 7 Informationsständen von fünf Ortsverbänden der CDU Tempelhof-Schöneberg	unterschiedliche Orte im Bezirk
29. und 30.05.2010, jeweils 13 - 19 Uhr	CDU Präsent mit einem Informationsstand auf dem Schöneberger Maifest	Rudolph-Wilde-Park (Rathaus Schöneberg)
29. und 30.05.2010, jeweils 13 - 19 Uhr	CDU Präsent mit einem Informationsstand auf dem Bahnhofstraßenfest	Bahnhofstraße, 12305 Berlin
02.06.2010, 19.30 Uhr	Stammtisch/Bürgersprechstunde der CDU Marienfelde mit Scott Körber, MdA	Alte Dorfaue, Alt-Marienfelde 41
03.06.2010, 19.30 Uhr	Stammtisch der CDU Innsbrucker Platz	Taverna Kos, BelzigerStr. 68, 10823 Berlin
08.06.2010, 18.00 - 19.00 Uhr	Bürgersprechstunde Dr. Jan-Marco Luczak – Ihr Tempelhof-Schöneberger Bundestagsabgeordneter vor Ort	CDU Kreisgeschäftsstelle, Tempelhofer Damm 158/160, 12099 Berlin
08.06.2010, 19.00 Uhr	Jahreshauptversammlung der CDU Neu-Tempelhof Einladung ergeht gesondert	
08.06.2010, 19.30 Uhr	Diskussionsveranstaltung der CDU Kleistpark zum Thema: „Die Berliner S-Bahn-Krise – Aktueller Zu-Stand und Zukunft“ mit Hans-Werner Franz (Geschäftsführer Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg)	Kleine Ratsstuben (Freiherr-vom-Stein-Straße Ecke Am Rathaus) im Rathaus Schöneberg
12.06.2010, 14.00 Uhr	Sommerfest des Unionhilfswerks Schöneberg	Seniorenclub Am Mühlenberg
13.06.2010, 9.30 Uhr	Dr. Jan-Marco Luczak läuft die Lichtenrader Meile – Mitläufer sind herzlich willkommen!	Freizeitpark Marienfelde Parkplatz Werzalith
13.06.2010, 18.00 Uhr	Sommerfest der CDU Mariendorf mit Senioren-Union (nur für Mitglieder und geladene Gäste)	Adlermühle, Buchsteinweg 32-34, 12107 Berlin
17.06.2010, 11.00 Uhr	Zoo-Spaziergang des Unionhilfswerks Schöneberg	Zoo: Eingang Hardenbergplatz
19.06.2010, 14.00 Uhr	CDU Präsent mit einem Informationsstand der CDU Neu-Tempelhof auf dem Kiezfest	Wolffring Ecke, Boelcke-str. vor der Rundkirche
24.06.2010, 19.00 - 19.25 Uhr	Bürgersprechstunde der CDU Friedenau mit Monika Thamm, MdA und den Bezirksverordneten Rainer Kotecki, Petra Dittmeyer und Denis McGee	Restaurant Fasan, Varziner Platz 1 am U-Bhf. Bundesplatz
24.06.2010, 19.35 - 20.00 Uhr	Bürgersprechstunde der CDU Friedenau mit Monika Thamm, MdA und den Bezirksverordneten Rainer Kotecki, Petra Dittmeyer und Denis McGee	Restaurant Hell oder Dunkel, Laubacher Str. 28 (Ecke Fehlerstr.)
26.06.2010, 10.00 - 12.00 Uhr	CDU Präsent mit 13 Informationsständen aller Ortsverbände der CDU Tempelhof-Schöneberg	unterschiedliche Orte im Bezirk
29.06.2010, 18.00 Uhr	Bürgersprechstunde von Florian Graf, MdA auf der Marienhöhe	Bergterrassen Marienhöhe, Marienhöher Weg 30, 12105 Berlin
06.07.2010, 18.30 Uhr	Bürgersprechstunde von Nicolas Zimmer, MdA	Restaurant Zur Linde, Kirchhainer Damm 37, 12309 Berlin
07.07.2010, Abfahrt 12.30 Uhr	Kaffeefahrt des Unionhilfswerks Schöneberg ins Havelland; Anmeldung und Nachfragen bei Hannelore Treutler, Tel.- u. Faxnr. 211 45 15	U-Bhf Bayerischer Platz
08.07.2010, 19.30 Uhr	Stammtisch der CDU Innsbrucker Platz	Taverna Kos, BelzigerStr. 68, 10823 Berlin
10.07.2010, 16.00 - 19.00 Uhr	Sommerfest der CDU Ortsverbände Kleistpark, Innsbrucker Platz und Friedenau	Freizeitstätte Stierstr. 20a, 12159 Berlin

Kontakt Daten der CDU Tempelhof-Schöneberg:

CDU Tempelhof-Schöneberg

Tempelhofer Damm 158/160
12099 Berlin
Tel.-Nr. 751 33 88
Internet: www.cdu-tempelhof-schoeneberg.de

Vereinigungen der CDU Tempelhof-Schöneberg:

Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA):
Vorsitzender: Daniel Krüger
Internet: www.cda-tempelhof-schoeneberg.de

Frauen Union (FU):

Vorsitzende: Regina Körper
Internet: www.cdu-tempelhof-schoeneberg.de/fu.php

Junge Union (JU):

Vorsitzender: Daniel Dittmar
Internet: www.ju-ts.de

Mittelstandsvereinigung (MIT):

Vorsitzender: Thomas Schmidt
Internet: www.mit-tempelhof-schoeneberg.de

Senioren Union (SU):

Vorsitzender: Heinrich Lemke
Internet: www.cdu-tempelhof-schoeneberg.de/su.php

Frauen in der Union

Die Frauen Union ist die Lobby für die Anliegen von Frauen in der CDU und in der Politik. Eine starke und moderne politische Kraft, die Einfluss nimmt, Entscheidungen trifft und Veränderungen bewirkt. Für ein faires Miteinander. Für eine partnerschaftliche Gesellschaft. Auch in Tempelhof-Schöneberg gibt es regelmäßige Aktivitäten der Frauen Union. Einige dieser Aktivitäten, die in den letzten Monaten stattgefunden haben, werden nachstehend erwähnt:

Adventstreffen: Ende letzten Jahres lud die Frauen-Union zu einem adventlichen Beisammensein ins Rathaus Schöneberg.

Diskussion zur Wirtschaftspolitik: Im Februar war der Landesgeschäftsführer des Wirtschaftsrates der CDU Deutschland e.V., Thorsten Golm, bei der Frauen Union Tempelhof-Schöneberg zu Gast.

Präsenz beim Frauen-März: Der Informationsstand der Frauen Union auf der zentralen Veranstaltung zum Frauen-März in der Freizeitsstätte in Lichtenrade hatte regen Zuspruch und wir führten interessante Gespräche.

Bei Interesse an der Arbeit der Frauen Union finden Sie auch auf der Internetseite www.frauenunion.de mehr Informationen.

Zuschüsse für Familien mit Kindern

Familien mit Kindern aus Tempelhof-Schöneberg können beim Unionhilfswerk Schöneberg (Frau Treutler, Tel.- und Fax-Nr.: 211 54 15) finanzielle Hilfen für Familienreisen

oder Kindergarten- bzw. Klassenfahrten beantragen; dies gilt auch für Rentner oder weitere bedürftige Bürger. Vorzulegen sind finanzielle Nachweise und Bescheide.

Einladung zu einer Reise durchs politische Berlin – Ihr Bundestagsabgeordneter für Tempelhof-Schöneberg Dr. Jan-Marco Luczak MdB lädt ein –

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Jan-Marco Luczak lädt Bürger seines Wahlkreises Tempelhof-Schöneberg zu einer Tagesfahrt durchs politische Berlin sowie zu einem Besuch seines Arbeitsplatzes im Deutschen Bundestag ein.

Wann: Donnerstag, 3. Juni 2010, 7.30 Uhr (bis ca. 20.30 Uhr)

Wo: Abfahrt Bahnhof Südkreuz, Hildegard-Knef-Platz

Politisch Interessierte erwartet ein vielseitiges und informatives Tagesprogramm: unter anderem Besichtigung von Plenarsaal und Glaskuppel im Reichstag mit anschließender Diskussion mit Dr. Jan-Marco Luczak, Stadtrundfahrt und ein Besuch der Ausstellung „Wege, Irrwege, Umwege – Die Entwicklung der parlamentarischen Demokratie in Deutschland“. Mit einer Dampferfahrt klingt der Tag gegen 20.30 Uhr aus.

Anmeldung:

Bundestagsbüro Dr. Jan-Marco Luczak

Tel. 030 / 2277 2868

Fax. 030 / 2277 6055

Mail jan-marco.luczak@bundestag.de

Folgende Angaben werden benötigt: Vor- und Nachname, Anschrift, Geburtsdatum, Geburtsort, Telefonnummer und – soweit vorhanden – E-Mail.